

Vor 75 Jahren –
Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften

Heute, vor 75 Jahren, am 2. Mai 1933, haben SA- und SS-Kommandos der Nationalsozialisten Gewerkschaftshäuser gestürmt und besetzt.

Viele Gewerkschaftsfunktionäre wurden inhaftiert, gefoltert und in Konzentrationslagern ermordet.

Damit begann die brutale Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Nur drei Monate, nachdem die Macht an die Nationalsozialisten ausgeliefert worden war, gehörten damit Gewerkschaften und ihre Repräsentanten ebenso wie demokratische Parteien und Politiker zu den ersten Opfern des Naziterrors.

Damit waren die freien Gewerkschaften als einzig verbliebener Machtfaktor, der zur Mobilisierung von massenhaftem Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in der Lage gewesen wäre, ausgeschaltet.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften markiert nach der Entmachtung des Parlaments, der Gleichschaltung der Länder sowie den personellen Veränderungen in den Verwaltungsapparaten eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zur Errichtung einer totalitären faschistischen Diktatur.

Den Gewerkschaften war es zwar gelungen, sich in harten Auseinandersetzungen als feste Größe in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu etablieren.

Die starke Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik aber erwies sich trotz einer Reihe von Erfolgen wie

- der Einführung des Achtsturentags,**
- der Arbeitslosenversicherung und**
- der kollektiven Tarifverträge-**

für die Durchsetzung einer effektiven Interessenvertretung, aber auch für die Abwehr republikfeindlicher Kräfte als schweres Manko.

Die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen waren die jeweils unter einem eigenen Dachverband agierenden drei Richtungsgewerkschaften: die freien, der sozialistischen Arbeiterbewegung nahe stehenden Gewerkschaften des ADGB, die über die größte Mitgliedschaft verfügten, die christlichen Gewerkschaften sowie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Neben diesen großen, nach weltanschaulich-politischen Gesichtspunkten differenzierten Gewerkschaften gab es noch eine Reihe von unabhängigen gewerkschaftlichen Verbänden, zu denen sich die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen und Branchen (z.B. Beamte, Angestellte, Lokführer u.a.) zusammengeschlossen hatten.

Die negativen Folgen der organisatorisch-strukturellen Schwächen und die politisch-ideologischen Differenzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung traten insbesondere in der sich zuspitzenden Krisensituation gegen Ende der Weimarer Republik deutlich zu Tage.

So sahen sich die Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise außer Stande, der durch Finanzkrise, Bankrotte und Massenarbeitslosigkeit

hervorgerufenen katastrophalen materiellen Lage der Arbeiterschaft wirksam entgegenzutreten.

Folge dieser Ohnmacht waren dramatische Ansehens- und Mitgliederverluste der Gewerkschaften.

Hinzu kamen schwerwiegende Differenzen zwischen dem ADGB und der SPD über den wirtschaftspolitischen Kurs und zukünftige machtpolitische Strategien.

Insbesondere die Überlegungen innerhalb der Führung des ADGB zu einem Zusammengehen mit den anderen Richtungsgewerkschaften bei weitgehender Aufgabe der engen parteipolitischen Bindungen hatten zu heftigen Kontroversen geführt.

Zugleich versuchte das Unternehmerlager die Schwäche der Gewerkschaften auszunutzen, um die von diesen durchgesetzten arbeitsmarktpolitischen Errungenschaften - etwa im Bereich des Tarifvertragssystems, des Schlichtungswesens oder der Arbeitslosenversicherung - rückgängig zu machen.

Der große Ansehens- und Machtverlust der Gewerkschaftsbewegung begrenzte deren Möglichkeiten, dem nationalsozialistischen Machtanspruch entgegenzutreten, von vorneherein eng.

Führende Gewerkschaftsfunktionäre haben zwar angesichts der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Ausrufung eines reichsweiten Generalstreiks erwogen.

Diese Überlegungen wurden wegen rechtlicher Bedenken, aber auch aufgrund des Bewusstseins der eigenen Schwäche und der Gefahr blutiger Auseinandersetzungen mit zahlreichen Opfern unter den eigenen Anhängern verworfen.

Abgesehen von einigen spontanen Protestkundgebungen blieb der gewerkschaftliche Widerstand marginal. Das lag vor allem daran, dass sich die Gewerkschaftsführung nicht zu Aktionen des Widerstandes entschlossen hat.

Viele Gewerkschafter an der Basis standen im wirklichen Wortsinn ‚Gewehr bei Fuß‘ und warteten nur auf ein Signal ‚von oben‘, um zu kämpfen.

Aber zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre schienen darauf zu vertrauen, dass sich die Nationalsozialisten in der Regierung nicht durchsetzen oder schon nach kurzer Zeit scheitern würden.

Der Vorstand des ADGB rief die Arbeiterschaft daher zur Besonnenheit auf.

Selbst als die massiven Verfolgungen von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht mehr übersehen werden konnten, SA-Gruppen bereits einzelne Gewerkschaftshäuser besetzt hatten und auch Gewerkschaftsfunktionäre Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden waren, konnten sich die Gewerkschaftsspitzen nicht zu größeren Widerstandsaktionen durchringen.

In der Hoffnung, durch demonstrative Betonung ihrer ‚nationalen Verantwortung‘ das Überleben der eigenen Organisationen innerhalb des NS-Regimes zu sichern, versuchten sie, sich beinahe um jeden Preis mit der neuen Regierung zu arrangieren.

Der ADGB erklärte sich mit staatlichen Eingriffen in die Tarifverhandlungen einverstanden und stellte eine Zusammenarbeit mit der Unternehmerschaft sowie die Beschränkung seiner Tätigkeit auf die Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiterschaft in Aussicht.

Er distanzierte sich vom Parteienstaat und signalisierte schließlich sogar seine Bereitschaft, die enge Bindung an die SPD zu lösen. Auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erklärten sich für unpolitisch und bemühten sich bei den Nationalsozialisten um eine Bestandssicherung ihrer Organisationen.

Tatsächlich erwiesen sich aber alle Bemühungen um ein Einvernehmen mit den Nationalsozialisten als Irrweg.

Freie und unabhängige Gewerkschaften standen in krassem Widerspruch zu der von den Nationalsozialisten betriebenen Gleichschaltungspolitik.

Diese zielte auf eine einheitliche Ausrichtung sämtlicher staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche auf die von der NS-Führung vorgegebene Linie.

Arbeiternehmerorganisationen waren unter diesen Bedingungen nur unter engster organisatorischer und ideologischer Anbindung an die nationalsozialistischen Macht- und Herrschaftsstrukturen denkbar.

Die gewerkschaftliche Anpassungspolitik hinderte die Nationalsozialisten nicht daran, gewaltsam gegen die Gewerkschaften vorzugehen und ihre Stellung in den Betrieben durch Absetzung von Betriebsräten und Manipulation von Betriebsratswahlen zu schwächen.

Trotzdem riefen die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder zur Teilnahme an den von der NSDAP veranstalteten Feierlichkeiten am „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai auf, der kurz zuvor zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden war, an dem jeder Arbeitnehmer bezahlten Urlaub bekam.

Unter Beteiligung hunderttausender Arbeiter wurden am 1. Mai 1933 im ganzen Reich Massenfeste und Umzüge abgehalten. Allein in Berlin zogen angeblich 1,5 Millionen Menschen zum Tempelhofer Feld.

Einen Tag später besetzten die Nazis Büros, Banken und Redaktionsgebäude der freien Gewerkschaften, ohne auf größere Gegenwehr zu stoßen.

Zahlreiche Gewerkschaftsführer wurden verhaftet und zur „Schutzhaft“ in Konzentrationslager abtransportiert.

Das Vermögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt, ihre Mitglieder in die als Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber neu gegründeten Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt.

Bis Ende Juni 1933 wurden auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften aufgelöst und in die DAF eingegliedert. Damit war das Ende der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung besiegelt.

Die DAF entwickelte sich zur größten NS-Massenorganisation mit zeitweise über 25 Millionen Mitgliedern. Sie widmete sich hauptsächlich der ideologischen Schulung und sozialen Betreuung ihrer Mitglieder.

Mit ihrem beträchtlichen Vermögen, das zum großen Teil aus den beschlagnahmten Gewerkschaftsgeldern stammte, finanzierte die DAF unter anderem die kulturellen und massentouristischen Freizeitprogramme ihrer Unterorganisation „Kraft durch Freude“, die sehr zur Popularisierung des NS-Regimes bei der Arbeitnehmerschaft beitrugen.

Es bleibt zu fragen, auch nach 75 Jahren, warum die Gewerkschaften in Deutschland bei der Entstehung des Faschismus so kläglich versagt haben.

Wer nach den Ursachen fragt, kann unterschiedliche Antworten erhalten:

Die einen sehen im 2. Mai 1933 die Quittung für den 4. August 1914, als deutsche Arbeitervertreter für die Bewilligung der Kriegskredite stimmten.

Andere betrachten den Zusammenbruch der Weimarer Republik als Ergebnis eines „Geburtsfehlers“, als zwangsläufiges Resultat einer unvollendeten revolutionären Entwicklung in den Jahren 1918/19.

Sie sehen den Zusammenbruch als erfolgreiche Konterrevolution gegen die Halbheiten der Revisionisten und Republikaner, die es versäumten, die ostelbischen Krautjunker und rheinischen Schlotbarone rechtzeitig und gründlich zu enteignen

Die Gewerkschaften haben es nicht vermocht, den rücksichtslosen Siegeszug des Nationalsozialismus aufzuhalten, den deutschen Imperialismus am größten Völkermord der bisherigen Geschichte zu hindern, den Rückfall in die Barbarei unmöglich zu machen.

Zwar konnten die Gewerkschaften viele Aufgaben lösen, aber vor der schwierigsten haben sie versagt.

In Gegenwart und Zukunft werden sie auch daran gemessen, welche Konsequenzen sie aus dem Desaster vom Frühjahr 1933 ziehen.

Wir sollten aus dem Untergang der Weimarer Republik lernen:

Der Faschismus ist gewachsen auf dem Boden einer wirtschaftlichen Krise.

Er wurde finanziert und gefördert von einflussreichen Unternehmern und Bankiers.

Er hatte Erfolg durch die Nachlässigkeit und Blindheit der Demokraten.

Und er konnte sich durchsetzen, weil die Arbeiterbewegung gespalten war.

Der Faschismus ist ein Instrument des Kapitalismus, ein Mittel der Herrschenden, ihre Macht - vor allem in Krisenzeiten – zu sichern.

Faschismus beginnt da, wo Freiheitsrechte eingeschränkt werden,

wo demokratische Prinzipien verletzt werden,

wo Menschenrechte missachtet werden,

wo Kontrollen der Bürgerinnen und Bürger durch Überwachungssysteme eingeführt werden,

wo Präventivstrafrecht die Rechtsstaatlichkeit einschränkt,

wo Armut und Zukunftsängste die Menschen verführbar machen,

wo soziale Gerechtigkeit den Interessen der Kapitalbesitzer unterworfen wird.

Alle diese Gefahren sind wieder aktuell!

Deshalb müssen sich insbesondere die Gewerkschaften für Demokratie und Menschenrechte nachdrücklich und wirkungsvoll einsetzen.

Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen. Dabei dürfen wir auch die Augen nicht vor den eigenen Fehlern verschließen.

Allzu lange haben die Gewerkschaften der Weimarer Republik die Politik des Sozialabbaus toleriert oder jedenfalls nicht entschieden genug bekämpft.

Da fand die These Verbreitung, dass alles, was an reaktionärer Gefahr aufziehe, sich gleichsam von selbst erledigen werde.

Man passte sich an und wich schrittweise zurück in der illusionären Hoffnung, die Zeiten würden sich von selbst zum Besseren wenden.

So konnte es geschehen, dass die Gewerkschaften in den Betrieben und in der Tarifpolitik über Jahre hinweg stillgehalten haben in der Hoffnung, es werde sich alles von selbst bessern.

Auch heute müssen wir uns selbstkritisch fragen, ob wir in den Gewerkschaften nicht bereits seit Jahren zu halbherzig, zu unentschlossen die Stirn bieten, gegenüber einer Politik, die immer mehr soziale Besitzstände abbaut, um den Unternehmern und den Reichen noch mehr zu geben.

Wir wissen zwar, dass es schwierig ist, gewerkschaftlichen Widerstand aufzubauen, wenn sich die Konkurrenzsituation bei den Arbeitnehmern immer mehr verstärkt.

Die Angst um den Arbeitsplatz und die Resignation greifen um sich, heute wie vor 75 Jahren.

Dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, dass trotz aller Einschüchterungen die Bereitschaft zum Protest und zum Widerstand wächst.

Der 2. Mai 1933 ist ein erschütternder Anlass für das Gedenken an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die der Nazi-Barbarei zum Opfer fielen.

Und er ist ein Tag der Besinnung über die Konsequenzen dieser schmerzlichen Erfahrung.

In Erinnerung an den Terror der Nazizeit können die Gewerkschaften es nicht hinnehmen, dass alte und neue Nazis vielerorts den 1. Mai erneut als Vorwand nutzten, um Gewerkschaften und die demokratische Öffentlichkeit mit eigenen Aufmärschen und Kundgebungen zu provozieren und die Opfer des NS-Regimes zu verhöhnen.

Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, den Nazis von heute Einhalt zu gebieten, wenn sie ihre Hassparolen besonders gegen unsere ausländischen Mitbürger verkünden wollen.

Da gibt es neo-faschistische Gruppen, die Parolen vom Ausländerstopp verbreiten.

Vor dem Hintergrund wachsender Armut in unserem Land werden Migranten als Sündenböcke vorgeführt, statt die wahren Ursachen zu benennen.

Früher waren es die Juden, heute drohen es Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft zu werden, die verfolgt werden.

Wir wünschen uns mehr Entschlossenheit im Kampf gegen rechts!

Unsere Verfassung hat einen antifaschistischen, nicht aber einen antisozialistischen Auftrag. Wenn unserer Demokratie Gefahr droht, so von rechts und nicht von links.

Es ist zudem ein Skandal, wenn Straßen und Plätze, besonders aber Kasernen, immer noch die Namen von Repräsentanten oder Unterstützern des Nazi-Regimes tragen.

Auch hier in Bielefeld gibt es beispielsweise eine Kaselowky-Straße. Richard Kaselowky war der Stiefvater von Rudolf August Oetker und Mitglied im Freundeskreis Reichsführer der SS Heinrich Himmler. Er hat zweifelsfrei die Nazis unterstützt und deshalb keine Ehrung verdient. Das sind wir den Opfern schuldig.

Die 75. Wiederkehr des Tages, an dem die Nazis die Arbeit der Gewerkschaften für immer zerschlagen wollten, ist für uns ein Anlass mehr, ein Verbot aller Organisationen und Parteien zu fordern, die Nazi-Gräueltaten auch heute noch verherrlichen, deren Opfer verhöhnern, sowie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte beseitigen wollen.

Aber ich sage auch, mit dem Verbot rechtsradikaler Organisationen sind wir das eigentliche Problem nicht los.

Rechtsradikalismus ist keine Randerscheinung.

Rechtsradikale Meinungen und Positionen entstehen in der Mitte unserer Gesellschaft!

Notwendig ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Absichten und Zielen von rechtsradikalem Gedankengut.

Welche Vorstellungen haben wir von einer gerechten, demokratischen und solidarischen Gesellschaft?

Welche Alternativen haben wir zu dem herrschenden neoliberalen Kapitalismus?

Wie können wir soziale Ungerechtigkeit, Armut und Arbeitslosigkeit überwinden?

Kolleginnen und Kollegen!

Wir – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – sind aufeinander angewiesen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen!

Wir haben elementare gemeinsame Interessen!

Wir müssen gemeinsame Lösungen für eine lebenswerte Zukunft ohne Not und Elend finden.

Und schließlich müssen wir gemeinsam handeln und kämpfen!

Wir haben unendlich viel Macht, wenn wir uns einig sind!

Und deshalb denkt daran:

Unser Gesetz heißt Solidarität!